

BÜCHER

Alles muß sich ändern, damit es so bleibt

Rezension von: Manfred Prisching, *Die Sozialpartnerschaft - Modell der Vergangenheit oder Modell für Europa?*, Manz Verlag, Wien 1996, 213 Seiten, öS 380,-.

Manfred Prisching ist ein anerkannt profunder und kritischer Analytiker der österreichischen Sozialpartnerschaft. Es verwundert somit nicht, daß sich auch er gerade dann mit einem Buch zu diesem Thema zu Wort meldete, als sich die gesetzlichen Interessenvertretungen durch die Mitgliederbefragungen einer besonderen öffentlichen Aufmerksamkeit erfreuten und sich daher die Publikationen zu diesem Politikmodell häuften. Wie auch schon die vorhergehenden Arbeiten Prischings über das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft unterscheidet sich das vorliegende Buch allerdings von der überwiegenden Mehrzahl der (insbesondere jüngeren) Sozialpartnerschafts-Literatur in bemerkenswerter Weise. Denn Prisching läßt sich in seiner Analyse und in seiner Kritik nicht von kurzlebigen Modeströmungen leiten. Er wischt nicht nur populistisch mit dem großen Pauschalurteils-Tuch an der Oberfläche herum, sondern er unterzieht sich der viel aufwendigeren Arbeit, seriös ins Detail und den Dingen tatsächlich auf den Grund zu gehen.

Prisching geht davon aus, daß zwar marktwirtschaftliche Wirtschaftsmodel-

le ob ihrer wohlstandsschaffenden Wirkung gerne als Vorbild, etwa für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, angepriesen werden, daß man sich dabei allerdings zumeist auf Mythen des Marktes beschränkt. Übersehen - weil als selbstverständlich angenommen - wird dabei der facettenreich ausgestaltete institutionelle Reichtum moderner Gesellschaften, der sich in der langfristigen Entwicklung der politischen Kultur herauszubilden hat und nicht einfach per Verordnung geschaffen werden kann. Ein wesentliches Element dieser Kultur ist eben die Einbettung der Interessengruppen und Verbände in das politische und demokratische System eines Landes, in Österreich also in der speziellen Form der Sozialpartnerschaft.

Dieses österreichische System der Interessenverbände, insbesondere der großen sozialen Gruppen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, will Prisching nicht nur als "Wirklichkeit" - also in den effektiven politischen Strukturen - beschreiben, sondern auch in "Bildern". Damit gemeint ist die Vorstellung von Sozialpartnerschaft in den Köpfen von Wählern, Funktionären und Politikern. Weiters werden Probleme der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern sowie der europäischen Integration behandelt. Letztendlich leitet Prisching daraus Reformvorschläge ab, die nach seiner Auffassung dazu beitragen könnten, daß die Sozialpartnerschaft aktuelle und teils existenzbedrohende Herausforderungen, welche sich aus Änderungen im gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umfeld ergeben haben, besser zu bewältigen vermag. Er schließt mit der vergleichsweise optimistischen Perspektive, daß durchaus das Potential zum Sammeln neuer

Kräfte vorhanden sei, daß es aber erheblicher Anstrengungen bedürfe, dieses Potential zu nützen. Dann könne das Bewährte der Vergangenheit auch weiterhin seinen positiven Beitrag zur österreichischen Politik leisten. Es müsse sich folglich "... alles ändern, damit es so bleibt".

Das erste Kapitel (*Die "Wirklichkeit" der Sozialpartnerschaft - Der Wandel korporatistischer Paradigmen*) betrachtet weniger den Wandel der Sozialpartnerschaft als den Wandel der Perspektiven, in denen sie gesehen wurde. Hervorragend wird dabei herausgearbeitet, wie der Blickwinkel der Betrachtung durch Sozialwissenschaftler und Bürger, wie die Interpretation des Gegenstandes vom jeweiligen Zeitgeist, von der Aktualität bestimmter Themen bzw. theoretischer Modelle mitgeprägt wurde.

Wie der Wechsel von Paradigmen, welche die sozialwissenschaftliche Diskussion prägten, die Deutung des österreichischen Korporatismus im Zeitablauf veränderte, wird an den Beispielen Konsens- (Klassenkampf am grünen Tisch als Säule des Wirtschaftswunders in den fünfziger und sechziger Jahren), Pluralismus- (flexibles Kräftespiel vieler Gruppen führt zu harmonischem Gemeinwohl), Verschwörungs- (Politikgestaltung vorbei am demokratischen Verfassungssystem), Entlastungs- (Wahrung der Problemlösungskapazität eines überlasteten Staates durch Auslagerung von unangenehmen Entscheidungen), Stabilisierungs- (erfolgreicher makroökonomischer Interventionismus in Krisenzeiten), Sklerotisations- (Versteinierung behindert wirtschaftliche Dynamik) und Symbioseparadigma (Integration starker Verbände zur Stabilisierung der politisch-wirtschaftlichen Lage) gezeigt. Dieser Abschnitt kann durchaus als ebenso gerechtfertigte wie auch genüßlich vortragene Schelte des Autors der meisten Kollegen seiner Zunft verstanden

werden, die er deshalb auch folgerichtig zur Vorsicht in bezug auf hurtige Aussagen über den Aufstieg und Niedergang korporatistischer Systeme mahnt.

Das zweite Kapitel (*Bestandsaufnahme - Von der Erfolgsgeschichte zum Krisenfall*) befaßt sich vor allem mit der Auflösung jener Rahmenbedingungen, die traditionell als Bestands- und auch Erfolgsgarantie der Sozialpartnerschaft dienten. Zuerst werden einige der Grundcharakteristika dieses eigentümlichen Systems wie etwa die verdoppelte Verbändestruktur, Informalität, Gesamtwohlorientierung und Politiknähe sowie deren Zusammenhang mit aktuellen politischen Fragen beschrieben. Dann widmet sich der Autor einigen dieser Rahmenbedingungen, nämlich der Pluralisierung der Interessen, dem Verlust der großen Deutungen, den Prozessen der Veralltäglichen, der Komplizierung der Themen sowie der Krise der politischen Akteure.

Dieses Kapitel bietet zwar nicht allzuviel wirklich Neues (über das Funktionieren der Sozialpartnerschaft und die geänderten Rahmenbedingungen wurde schon ausführlichst publiziert), es ist aber dennoch aus zweierlei Gründen bemerkenswert. Während die meisten anderen sozialwissenschaftlichen Beschreibungsversuche der Sozialpartnerschaft zumeist hilf- und verständnislos aus gesicherter Distanz am im Kern unverstandenen Untersuchungsobjekt herumzudeuteln versuchen, so finden sich bei Prisching die meines Erachtens seit langem profundesten und gelungensten Beschreibungen komplexer Phänomene wie etwa des internen und externen Interessenausgleichs, der vieldimensionalen Verflechtung von Parteien, Regierung, Parlament und Verbänden oder der Veralltäglichen politischer Errungenschaften.

Zweitens unterscheidet sich dieser Abschnitt wohlthuend von anderen Publikationen zum Thema durch die Ab-

senz oberflächlicher Wertungen und voreiliger Prognosen. Mustergültig diesbezüglich ist etwa die Passage über die vielfach geforderte Funktions-trennung von Abgeordneten und Spitzenfunktionären der Verbände: Unter völligem Verzicht auf zeitgeistiges und oberlehrerhaftes Besserwissen blättert Prisching die Funktionszusammenhänge übersichtlich vor dem Leser auf, und er beschreibt *mögliche* Alternativen und deren *mögliche* Konsequenzen, wobei er der Versuchung simplifizierender Wertungen (gut/schlecht, schwarz/weiß, demokratisch/undemokratisch ...) tapfer widersteht. Prisching ist sich dieses Positivums seines Werkes wohl bewußt, kann er sich doch (wiederum völlig zu Recht) einige kritische Bemerkungen gegen diejenigen Theoretiker des Korporatismus und ihre Methoden nicht verkneifen, die sich ob ihrer Erfolglosigkeit "die Haare raufen" (Originalton Prisching), da sie selbst dort klare Kausalitäten suchen, wo diese aufgrund Figuretionen wechselseitiger Verursachung nicht nachweisbar und wo folglich nur plausible Beschreibungen möglich sind, welche historischen Konstellationen jeweils ein in diesem Kontext verständliches Ergebnis liefern.

Am Ende dieses Kapitels wirft Prisching - wieder einmal deutlich realitätsnäher als viele seiner Kollegen - die Frage auf, ob das sozialpartnerschaftliche Arrangement nicht vielleicht einem dauernden Prozeß der Veränderung unterworfen sei, anstatt der Mode zu folgen und die große Wende (wohin auch immer) auszurufen. Dennoch greift er in den beiden folgenden Kapiteln zwei Veränderungen heraus, die in ganz besonderer Weise die Funktion der Sozialpartnerschaft beeinflussen, nämlich die Diskussion um die existentielle Frage der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern sowie die Folgen der europäischen Integration.

Im dritten Kapitel (*Das Problem der*

Pflichtmitgliedschaft - Die Attacken des Zeitgeistes und der Fortbestand der Sozialpartnerschaft) wird fein herausgearbeitet, was die Zeit-Geist(er)-Reiter übersehen, sei es unwissentlich, weil sie die Komplexität des Systems nicht erkennen und einfach den Modetrends wie Deregulierung, Wettbewerb etc. blind nachrennen (Prisching über diese: "Was für die Banken gut ist, kann auch für die Interessenvertretungen nicht falsch sein. *Wettbewerb belebt die Sinne.*"), oder wissentlich, da es ihnen ohnedies um die Zerstörung des gesamten politischen Systems geht: Die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern bedeutet die Abschaffung des österreichischen Systems der Sozialpartnerschaft, das Ende der Konsensorientierung und der friedlichen Lösung sozialer Konflikte, den Wegfall öffentlicher Güter und damit die Schlechterstellung aller. Lobbyierende Kleinverbände würden Spezialinteressen ohne Gemeinwohlorientierung vertreten. Das einzelne Mitglied wird sich zwar in einem Spezialverband subjektiv besser vertreten fühlen, doch seine Interessen werden auf politischer Ebene weit schwerer durchzusetzen sein - zumindest dann, wenn es zu den schwächeren und wenig finanzstarken Mitgliedern zählt, die heute in besonderem Maße von der gesetzlichen Mitgliedschaft profitieren. Denn es ist evident, daß beim Übergang zu einem System von Verbänden mit freiwilliger Mitgliedschaft die Starken stärker und die Schwachen schwächer werden. Prisching entlarvt dabei auch die Verlogenheit jener, die vorgeben, die Interessen der "Kleinen" gegen die "Großbürokraten" und "Großkonzerne" zu verteidigen und deshalb die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft fordern, was eine Strategie der Umverteilung nach oben bedeuten und vor allem den "Kleinen" auf den Kopf fallen würde.

Prisching setzt sich in diesem Kapitel mit weiteren brisanten Thesen über

eine (mögliche) Zeit nach der Pflichtmitgliedschaft auseinander, etwa der Frage der Repräsentativität in einem zersplitterten System konkurrierender Verbände, oder mit der Frage, wer nach der Zerschlagung des jetzigen Systems die bislang von den Kammern bereitgestellten öffentlichen Güter anbieten werde. Entgegen dem aktuellen Trend zu Privatisierung und Ausgliederung würde sich wohl eine Verstaatlichung mit fraglichen Folgen für die Finanzierung von Leistungen und für die Effizienz nicht vermeiden lassen. Weiters wird logisch präzise abgeleitet, wie die Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen ansteigen und die Politik immer kurzfristiger und gesamtwirtschaftlich irrationaler werden würde. Prisching kommt somit zum Resümee, daß die oft als kleine und effizienzsteigernde Korrektur des Systems dargestellte Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft tatsächlich die Weiterexistenz des Systems in Frage stellen soll. Die Alternative, ein Lobby-System nach amerikanischem Muster, sei nach Prisching "weder billiger noch übersichtlicher noch demokratischer als die Sozialpartnerschaft, und von der sozialen Gerechtigkeit wollen wir gar nicht erst reden. Die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft ist ein Beitrag zur Verschleierung politischer Einflußnahmen".

Im vierten Kapitel (*Interessengruppen an der Schwelle zu Europa - Die Entwicklung des politischen Aktionsraumes*) werden Veränderungen, die im neuen Europa auf das sozialpartnerschaftliche System zukommen, diskutiert. Natürlich diskutiert der Autor dabei auch die Frage, ob die Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel eine Schwächung der nationalen Verbände bedeutet. Prisching geht es aber um mehr, nämlich um das Aufzeigen der vielschichtigen Problematiken in einer völlig veränderten Szene von Politik und Gesellschaft, die fesselnd in Unter-

kapiteln, wie etwa europäischer Pluralismus, Multikulturalismus, Postmaterialismus und Antipolitismus, beleuchtet wird. Letzteres Phänomen (Antipolitismus) hätte allerdings durchaus schon vorne in Kapitel 2 abgehandelt werden können, da die Beschreibung der Phänomene zwar einleuchtend ist, nicht aber unbedingt der Zusammenhang mit der Vertiefung der europäischen Integration.

Auch in diesem Kapitel bleibt Prisching wohlthuend auf der seriösen Seite. In vollem Bewußtsein darüber, wie unklar die Züge des "Neuen Europa" derzeit noch sind und wie diffus deshalb erst Vorhersagen über die Rolle korporatistischer Elemente in diesem Szenario ausfallen müssen, vermeidet Prisching sinnvollerweise jegliche Prognose. Es stellt vielmehr seine Betrachtungen als Spekulationen über mögliche Entwicklungen dar und kommt - nachdem durchaus interessante Ansätze für einen Bedarf nach sozialpartnerschaftlichen Institutionen identifiziert werden (z.B. Liberalisierung und Deregulierung ergeben Bedarf nach Re-Regulierung, Mindeststandards etc., wodurch die Expertise der praxisnahen Vertreter der Verbände wieder gefragt sein könnte) - zu dem realistischen Schluß, daß naiver Optimismus ebenso unangebracht wie Krisenfatalismus sei. Schließlich gebe es ohnedies keine Alternative zum Neuen Europa, sondern bloß Alternativen im Neuen Europa, die es letztendlich auszuloten gelte.

Würde Prisching heute, nachdem Österreichs Erfahrungen in der EU wieder um gut ein Jahr reicher geworden sind, eine Neuauflage seines Buches publizieren, so könnte er die Analyse dieses Kapitels um folgende Punkte ergänzen: Dort, wo formal Kompetenzen nach Brüssel gewandert sind, besteht in der Umsetzung oft ein größerer nationaler Spielraum als vermutet wird. Dafür gibt es andererseits Materien, die zwar formal in nationaler Kompetenz

verblieben sind, wo den Einzelstaaten aber (etwa aus Gründen des internationalen Standortwettbewerbs) in der Praxis keine eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten offenstehen (z.B. Umweltsteuern). Die Hauptaufgabe der Sozialpartner hat sich jedenfalls durch den EU-Beitritt im Grunde gar nicht so sehr geändert; sie besteht nach wie vor in der nationalen (besser: autonom von den Sozialpartnern durchgeführten) Lohn- und Einkommenspolitik sowie in der Beeinflussung der nationalen Entscheidungen von Regierung bzw. Parlament, auch wenn sich hier die Spielregeln und Kompetenzen geändert haben.

Im fünften und letzten Abschnitt präsentiert Prisching nach der Bestandsaufnahme und der Diskussion der Schwierigkeiten und neuen Herausforderungen letztendlich einige Vorschläge für *"Reformen zum Überleben - Die Erneuerung des Selbstverständnisses"*. Prisching vermeidet es damit, sich in die Gruppe der Krankjammerer und Totsager einzureihen. Er betrachtet vielmehr die Diskussion über die nicht wegzuleugnende Krise von Organisationen als nützlichen Ausgangspunkt für Reformen. Denn die Thematisierung erstarrter Verhältnisse oder verschwiegener Probleme könne hilfreich sein, um durch eine präzise Diagnose die Voraussetzung für eine Verbesserung des Zustandes des Patienten zu schaffen - und Institutionen seien anpassungsfähiger, als von ihren auf alte Modelle fixierten Kritikern vielfach vermutet wird. Prisching betont, daß es bei seinen Reformvorschlägen nicht um großartige, neue Programme gehe, sondern vielmehr um die Herausforderung, vielleicht trivial erscheinende Vorschläge auch in die Praxis umzusetzen.

So empfiehlt Prisching den Sozialpartnern anstatt großer ideologischer Entwürfe die Formulierung von Leitideen und moralischen Grundvorstellungen - zum leichteren Erkennen und

Einordnen von Positionen -, die auch authentisch von den sie verkündenden Personen verkörpert werden. Er empfiehlt die Wiederbelebung einer verantwortungsvollen Sprache anstelle der üblich gewordenen Sprechblasen, die Wahrung des Anspruches auf Deutungskompetenz und Gemeinwohlorientierung sowie die Umsetzung konkreter, faßbarer Projekte mittlerer Reichweite anstelle der populistischen Verkündung großer Visionen. Natürlich verschließt Prisching die Augen nicht vor der politischen Realität und gesteht daneben auch die gelegentliche Notwendigkeit des politischen Polterns und mediengerechter Inszenierungen zu.

Prisching mahnt einen "Schlechtwetter-Korporatismus" ein, der nicht nur verteilen kann, der Synthesen findet, anstatt nur zu akkumulieren. Für eine erfolgreiche Politik und deren Vertreter seien Konturiertheit, Kreativität und Realismus notwendig, denn Seriosität und Glaubwürdigkeit seien das wichtigste Kapital der Sozialpartnerschaft. Die Aufgabe der Sicherung von Interessen dürfe nicht nur als Besitzstandswahrung und Abmauern verstanden werden, sondern sie muß dynamisch neue Herausforderungen annehmen. Dabei müssen aber Kontinuität und Sicherheit gewahrt bleiben, da diese eine Voraussetzung für eine leistungsfähige, dynamische Wirtschaft sind.

Auch der Frage der Solidarität widmet sich Prisching, und zwar in differenzierter und einfühlsamer Weise. Solidarität sei in einer dynamischen Marktgesellschaft, die auch viele Verlierer produziert, unverzichtbar. Sie dürfe aber auch und vor allem nicht rein monetär gesehen werden, sondern sie müsse als kultureller Anspruch gelten. Nachdem die Menschen durch die Politik zu immer mehr berechtigt wurden, wurde weitgehend verdrängt, daß Berechtigungen nur auf der Grundlage von Verpflichtungen zu haben sind. Eine ausufernde Umverteilungspolitik

laufe paradoxerweise Gefahr, daß sich alle als Opfer fühlen. Wenn materieller Wohlstand, Berechtigungen und Ansprüche sich über Jahrzehnte vervielfacht haben, fühlen sich leicht diejenigen als Opfer, deren Leistungen geringfügig reduziert werden.

Die Möglichkeiten und die Grenzen der Politik, die Machbarkeit und Komplexität müssen - wie von allen Politikern - auch von den Sozialpartnern besser vermittelt werden. Einzig Seriosität und Sachlichkeit helfen gegen die Versuchung, sich als Helfer in allen Lebenslagen zu präsentieren (was in Folge nur allzuleicht den Eindruck des Politikversagens bewirkt), oder gegen das verantwortungslose und populistische Vorgaukeln einfacher und schmerzloser Lösungen, die es in einer immer vernetzter und komplexer werdenden Welt nicht gibt.

Zur Reform der internen Organisation meint Prisching, daß die Mitglieder besser zu behandeln und einzubinden seien, daß neue Arenen der Partizipation geboten werden müßten, um ihre Identifikation zu stärken - wenn auch aufgrund vorherrschender Politikmüdigkeit nur wenige diese Angebote wahrnehmen würden. Die Pflichtmitgliedschaft wäre dann zu rechtfertigen, wenn Reformen wie Rechnungshofkontrolle der Gebarung, Einkommensbegrenzung und -offenlegung durch die Funktionäre, Ämterunvereinbarkeiten und Reduzierung der Vielfachfunktionen vorangetrieben würden. Alles in allem bedürfe es einer neuen Reformkultur, die über eine rein juristische Statutenreform hinausgehend und als Prozeß verstanden, das Signal für die permanente Bereitschaft dafür gibt, sich den Leitideen unter laufend ändernden Rahmenbedingungen seriös und effizient zu widmen, wodurch das vertrauensstörende Privilegienimage abgebaut werden könnte.

Es wäre ein Vergnügen, über diese Schlußfolgerungen bzw. kritischen Rat-

schläge Prischings länger zu philosophieren oder zu diskutieren. Sie klingen durchwegs plausibel, sind zuweilen aber auch recht vage, kryptisch oder dialektisch gehalten: Leitideen - aber nicht allzu ideologisch, Interessengruppenpolitik - aber nicht blind, sondern gemeinwohlorientiert, verständliche Botschaften - aber in unterschiedlichen Sprachen für unterschiedliche Zielgruppen, Seriosität - aber Anerkennung der Bedeutung der sensationsgierigen Medien, Anständigkeit - aber nicht vor der Ehrlichkeit zu fürchten beginnen, rhetorisches Geschick - aber nicht zu viele Gags, Solidarität - aber nicht zuviel Umverteilung usw.

Es wäre aber aus zwei Gründen unfair, an dieser Stelle dem Autor vorzuwerfen, es sich zu einfach gemacht zu haben. Denn - erstens - konnten seine Empfehlungen in dieser Rezension naturgemäß nur in verkürzter Form wiedergegeben werden; im Original ist die Argumentation viel differenzierter (womit diese Rezension auch gleich uneingeschränkt als Anreiz zur Lektüre des Buches aufgefaßt werden soll). Zweitens besteht das Buch aus 190 Seiten brillianter Analyse, bevor Prisching sich erlaubt, daraus auf ca. zwanzig Seiten einige Denkanstöße für praktische Politiker als Diskussionsgrundlage abzuleiten, deren teilweise Trivialität er selbst hervorhebt (was er allerdings in einer Fußnote sofort wieder relativiert!) - es gehe ihm schließlich vielmehr um den Mut zur praktischen Umsetzung von Reformen als um die Originalität der Ideen. Übrigens wurden viele der von Prisching eingeforderten Reformen längst (auch schon vor Erscheinen des Buches) umgesetzt, oder sie sind zumindest im Gange. Aber - ich habe schon verstanden - damit ist es ja nicht getan; die zentrale Empfehlung dabei ist schließlich der andauernde Prozeß der Reformkultur.

Prisching macht es somit dem Rezensenten nicht leicht, Kritikpunkte an

seinem Werk zu identifizieren. Kleinkarrierterweise könnte man etwa bemängeln, daß es in den seltensten Fällen Funktionäre sind, die den Mitgliedern gegenüber treten, wenn an Schaltern bürokratische Angelegenheiten abgehandelt und Serviceleistungen erbracht werden (wie auf S. 210 festgehalten ist), sondern zumeist Angestellte der Büros der Organisationen.

Etwas schwerer mag der Einwand wiegen, daß in der Prischingschen Analyse sehr viel in der Mitte zusammenfließt; es gibt keine Klassen mehr, es gibt nur noch eine Politik der Mitte. In Anbetracht der Situation auf den europäischen Arbeitsmärkten und angesichts der Polarisierung von Einkommen, Vermögen und Wohlstand, die von der dominierenden Politikrichtung noch weiter vorangetrieben wird, erscheint dies etwas zu wenig konturiert. Hier soll nicht der von Prisching zurecht angeprangerte Fehler begangen werden, alles krankzujammern und die überragenden und geradezu unfaßbaren Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu übersehen. Aber die giganti-

sche Vermehrung von Wohlstand, sozialer Absicherung, Chancengleichheit etc. sollte uns auch nicht zu sehr die Sicht darauf verstellen, daß in unseren Gesellschaften nach wie vor massiv systematische Kräfte am Werk sind, die Ungleichheit erzeugen, perpetuieren und verstärken. Natürlich haben sich dabei alte Fronten aufgeweicht, allerdings sind auch neue entstanden - hier sei nur auf die infolge technologischer Entwicklungen und der Globalisierung der Märkte geradezu explodierte Macht des Finanzkapitals hingewiesen.

Dennoch: ein fesselndes Buch, eine überzeugende Analyse, und Schlußfolgerungen, die von den Trägern der Politik tunlichst genau studiert werden sollten. Eine Pflichtlektüre nicht nur für jeden Interessierten, sondern genau genommen auch für Uninteressierte, die durch die Lektüre zu Interessierten werden sollten, was durch Realitätsbezug, bildhaft-lebendige Sprache und oft auch amüsante Darstellung kräftig unterstützt wird.

Thomas Delapina